



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

FEHLGESCHLAGENE PRÄSIDENTSCHAFSWAHL IM MAI 2020

- | | |
|--|----|
| ■ ANALYSE | |
| Präsidentenwahl in Zeiten der Covid-19-Krise
Reinhold Vetter, Warschau | 2 |
| ■ DOKUMENTATION | |
| Die Abmachung von Kaczyński mit Gowin öffnet eine wichtige Tür, um die Ergebnisse
der kommenden Wahlen anzuzweifeln
Interview mit Adam Strzembosz, 8. Mai 2020 | 8 |
| ■ UMFRAGEN | |
| Zur Wahl des Präsidenten | 10 |
| ■ STATISTIK | |
| Covid-19 in Polen | 14 |
| ■ CHRONIK | |
| Covid-19-Chronik, 19. Mai – 1. Juni 2020 | 17 |
| ■ CHRONIK | |
| 19. Mai – 1. Juni 2020 | 18 |

Präsidentenwahl in Zeiten der Covid-19-Krise

Reinhold Vetter, Warschau

DOI: [10.31205/PA.257.01](https://doi.org/10.31205/PA.257.01)

Zusammenfassung

Die bisherigen Vorbereitungen für die Wahl des Staatspräsidenten und die Umstände, unter denen der 10. Mai 2020 als Wahltermin abgesagt wurde, werfen ein klares Licht auf die komplizierte politische Lage in Polen. Auf der einen Seite stehen Jarosław Kaczyński und seine Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), die erbittert an der Macht festhalten, auf der anderen Seite eine Opposition, die noch nach Mittel und Wegen sucht, um eine Chance bei der Wahl zu haben. Der schwierige Kampf gegen die Covid-19-Krise hat zusätzliche, große Probleme aufgeworfen. Insbesondere auf Seiten der *PiS* kam es zu eklatanten Verstößen gegen die Verfassung und die Grundsätze des demokratischen Parlamentarismus.

Wenige Tage vor der für den 10. Mai 2020 angesetzten Wahl des Staatspräsidenten kam es zu einer überraschenden Wende: Jarosław Kaczyński, der die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit mit harter Hand führt, einigte sich mit Jarosław Gowin auf die Verschiebung der Wahl. Gowin ist Vorsitzender der Partei Verständigung (*Porozumienie*), die als Juniorpartner an der Regierung beteiligt ist. Ohne diese Partei hätte die *PiS* keine Mehrheit im Parlament. Kurze Zeit später entschied die Staatliche Wahlkommission (*Państwowa Komisja Wyborcza – PKW*), dass der Marschall des Sejm, in diesem Falle die *PiS*-Politikerin Elżbieta Witek, einen neuen Wahltermin festsetzen müsse. Laut Verfassung muss der erste Wahlgang innerhalb von 60 Tagen nach seiner Verkündung stattfinden. Inzwischen haben sich vor allem Jarosław Kaczyński, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Justizminister Zbigniew Ziobro sowie Jarosław Gowin für den 28. Juni als neuen Wahltermin ausgesprochen. Ob es dazu kommt, hängt nicht zuletzt von den Beratungen des Senats als zweiter Parlamentskammer über die dafür notwendigen Änderungen des Wahlrechts ab.

In dem Gespräch mit Jarosław Kaczyński musste Jarosław Gowin starken Druck ausüben, hatte der *PiS*-Vorsitzende doch vorher kategorisch jede Verschiebung der Wahl des Präsidenten abgelehnt und damit auch die meisten der führenden Funktionäre seiner Partei hinter sich gewusst. Gowin drohte vor allem damit, dass seine Partei in der abschließenden Lesung der Gesetzesnovelle zum Wahlrecht ihre Zustimmung verweigern könnte. Vom Senat, in dem die Opposition die Mehrheit hat, war sie abgelehnt und an den Sejm zurückverwiesen worden. Aufgrund der Novelle wäre eine reine (obligatorische) Briefwahl bei den Präsidentenwahlen 2020 möglich gewesen.

Kaczyński hat sich letztendlich der Realität gebeugt. So mehrten sich in der polnischen Öffentlichkeit die Stimmen, die angesichts der Covid-19-Krise vor zusätz-

lichen gesundheitlichen Gefahren für die Bürger durch einen Urnengang warnten. Ebenso erwiesen sich die Vorbereitungen der Polnischen Post für die Briefwahl als dilettantisch, was kurz vor dem Gespräch zwischen Kaczyński und Gowin sogar Mitglieder der Regierung einräumten. Hinzu kam, dass die wahlberechtigten Bürger mehrheitlich den 10. Mai als Wahltermin ablehnten, wie Umfragen wiederholt zeigten. Schließlich sorgten sogar Rücktrittsdrohungen einiger Minister dafür, dass Kaczyński keine andere Wahl hatte.

Der »Hinterzimmer-Kompromiss«, wie ausländische und auch polnische Medien die Absprache zwischen Kaczyński und Gowin nannten, rief scharfe Kritik führender polnischer Juristen hervor. Der frühere Präsident des polnischen Verfassungstribunals, Andrzej Zoll, stellte fest, dass es keinerlei rechtliche Grundlagen dafür gebe. Es handele sich, so Zoll, um eine äußerst schädliche Beeinträchtigung der Rechtsordnung des Landes. Weder Kaczyński noch Gowin könnten eigenmächtig über einen Wahltermin entscheiden, der verfassungsrechtlich einwandfrei zustande gekommen sei, betonte Zoll. In der Tat handelt es sich um einen Vorgang, der in der Verfassungsgeschichte aller EU-Mitgliedsstaaten einmalig ist.

Das aber hinderte den Leiter der Kanzlei von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Michał Dworczyk, nicht, nach der Absprache von Kaczyński mit Gowin zu behaupten, diese sei vor allem durch die destruktive Haltung des Senats notwendig geworden. Tatsächlich aber ist es das verfassungsmäßig verbrieftete Recht des Senats, Entscheidungen des Sejm abzulehnen und an diesen zurückzuverweisen, wie es im Falle der Gesetzesnovelle zur allgemeinen Briefwahl geschehen ist.

Kaczyńskis Beweggründe

Der *PiS*-Vorsitzende empfindet seinen Rückzug gegenüber Gowin als Niederlage, die er sicherlich bei Gelegenheit korrigieren will. Es stellt sich die Frage, welches

Ziel er verfolgt. Ohne Zweifel will Kaczyński mit aller Kraft an der Macht bleiben und die Regierungstätigkeit seiner Partei auf Jahre hinaus festigen. Noch sieht er sein Lebenswerk des »guten Wandels« (*dobra zmiana*), das er seit Jahrzehnten verfolgt, nicht als vollendet an. Dieses Projekt läuft nicht zuletzt darauf hinaus, einen starken zentralisierten Staat mit autoritären Zügen zu schaffen, die Justiz durch die Legislative zu kontrollieren, mit Hilfe einer paternalistischen, wohlfahrtsstaatlich verbrämten Kontrolle der Bürger deren Eigeninitiative zu lähmen sowie eine nationalistische Kultur- und Geschichtspolitik zu betreiben. Dabei sieht er es als legitim an, möglichst alle nur denkbaren politischen und administrativen Mittel einzusetzen, seien sie nun verfassungsrechtlich verbürgt oder nicht.

Vor diesem Hintergrund wird auch der Stellenwert deutlich, den die Präsidentenwahl für Kaczyński hat. Sie ist der Abschluss eines Wahlmarathons, der mit den Kommunalwahlen im Oktober 2018 begonnen hatte und seine Fortsetzung mit der Europawahl im Mai 2019 sowie der Parlamentswahl am 13. Oktober desselben Jahres fand. Bei den Kommunalwahlen hatte die *PiS* zwar ihre führende Position in den ländlichen Gebieten und auch im Landesdurchschnitt behaupten, aber den Erfolg der oppositionellen Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) in den Städten nicht verhindern können. Mit der Europawahl konnte sie ihre Position auf nationaler Ebene festigen und ihren Einfluss im Europäischen Parlament ausdehnen. Schließlich schuf ihr Sieg bei der Parlamentswahl die Voraussetzungen für eine zweite Amtszeit als Regierungspartei, auch wenn sie fortan mit mehr Widerstand des Senats rechnen muss, in dem die oppositionelle *PO* die Mehrheit hat. Die Präsidentenwahl am 10. Mai sollte der krönende Abschluss dieses Wahlmarathons sein.

In diesem Kontext ist Andrzej Duda für Kaczyński der Richtige, um seine Strategie zu verwirklichen. Der amtierende Präsident hat sich in seiner ersten Amtszeit seit 2015 als weitgehend loyaler Partner Kaczyńskis und der *PiS*-Regierung erwiesen, sieht man einmal von einzelnen Differenzen ab, die aber eher taktischer denn inhaltlicher Natur waren. So befürwortete er die von der *PiS* bzw. Justizminister Zbigniew Ziobro betriebene Unterordnung der Judikative unter die Exekutive, indem er die entsprechenden, von der Regierung im Parlament durchgesetzten Gesetze absegnete. Duda habe diesbezüglich so ziemlich alles unterzeichnet, sagte der ehemalige Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Adam Strzembosz, ein katholisch-konservativ geprägter Jurist, der sich nationalen Traditionen verpflichtet fühlt, aber die Politik der *PiS* ablehnt. Ebenso ist Duda ein eifriger Befürworter der ausufernden Sozialpolitik der gegenwärtigen Regierung. In der Europapolitik teilte er die Skepsis, die Ministerpräsident Morawiecki und einige

seiner Minister wiederholt vortrug. So erlangte er fast traurige Berühmtheit, als er in einer Rede kundtat, dass niemand den Polen in fremden Sprachen vorschreiben dürfe, welches System in Polen bestehen solle und wie die polnischen Dinge geregelt werden sollen.

Schließlich verzichtete Andrzej Duda bislang auf jedwede kritische Anmerkung zur erratischen Innen- und Außenpolitik des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, wie es der Linie von Kaczyński und der *PiS* entspricht. Man darf gespannt sein, wie sich der Präsident verhält, sollte Washington die Verlegung amerikanischer Atomwaffen von Deutschland nach Polen intensiver angehen, wie es die US-Botschafterin in Warschau bereits angedeutet hat.

Demgegenüber gab sich Duda im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen eher moderat und verzichtete in der Regel auf deutschlandskeptische oder gar deutschlandfeindliche Äußerungen, wie sie die polnische und internationale Öffentlichkeit von Jarosław Kaczyński gewohnt ist. In der Geschichtspolitik vertraut Duda allerdings oft auf nationalkonservative Historiker, die bemüht sind, Verbrechen, die einzelne Mitglieder des polnischen Widerstandes im Zweiten Weltkrieg begangen haben, herunterzuspielen – etwa Verbrechen an Juden.

Vergleicht man Dudas Amtsführung mit der anderer polnischer Staatsoberhäupter ab 1990, dann zeigt sich, dass Duda bislang am stärksten mit einer bestimmten Partei und der von ihr geführten Regierung verbunden ist, in diesem Falle der *PiS*. Arbeiterführer Lech Wałęsa dagegen, der das Amt des Präsidenten von 1990 bis 1995 ausübte, hat wiederholt Kämpfe mit Regierungen ausgefochten, auch wenn diese wie er auf die *Solidarność*-Bewegung zurückgingen. Am Sturz der nationalkonservativen Regierung von Ministerpräsident Jan Olszewski (1991 bis 1992), eine Vorstufe der späteren *PiS*-Regierungen, war er sogar erheblich beteiligt.

Aleksander Kwaśniewski (1995 bis 2005) wiederum, der aus der postkommunistischen Linken kam, fand ein vernünftiges Verhältnis zwischen eigenständiger Amtsführung und Unterstützung für die jeweilige Regierung. Zusammen mit den verschiedenen Kabinetten arbeitete er intensiv am Beitritt Polens zu Nato und zur EU. Wie der ehemalige Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, der aus der *Solidarność* kam, hatte Kwaśniewski großen Einfluss auf die Gestaltung der Verfassung von 1997. Lech Kaczyński (2005 bis 2010) stand der *PiS* ideologisch-politisch nahe, verstand es aber besser als Andrzej Duda, eigene Akzente zu setzen und einen persönlichen Stil der Amtsführung zu entwickeln. Bronisław Komorowski (2010 bis 2015) schließlich, dessen politische Heimat die *PO* war, hatte sich zuvor einige Auseinandersetzungen mit der *PiS*-Regierung von 2005 bis 2007 geliefert, gegenüber der

darauffolgenden Regierung unter Führung der *PO* blieb er aber politisch blass.

Drohende Hindernisse

Es bauten sich mehr und mehr Hindernisse auf, die Kaczyńskis Wahlstrategie direkt gefährdeten bzw. potentielle Bedrohungen für diese darstellten. Vorrangig gilt dies für die Covid-19-Krise, die in der ersten Phase in Polen weniger dramatisch als in West- und Südeuropa verlief, sich dann aber vor allem infolge des Infektionsverlaufs im oberschlesischen Industrierevier (der größten Bergbauregion Europas) zuspitzte.

Am 2. März 2020 verabschiedete der Sejm mit den Stimmen der Regierungsparteien *PiS*, *Verständigung* und *Solidarisches Polen (Solidarna Polska)* sowie weiten Teilen der Opposition ein Gesetz, das Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Krise sowie zur Vorbereitung auf mögliche weitere Infektionskrankheiten und daraus resultierende Krisen beinhaltet. Es trat am 8. März in Kraft und ermächtigt die *Woiwoden* als Beauftragte der Regierung in ihrer *Woiwodschaft* sowie die Minister der Zentralregierung, Bürgern, kommunalen Verwaltungen, Unternehmen und Hochschulen Pflichten und Einschränkungen aufzuerlegen, die juristisch schwer überprüfbar und anfechtbar sind. Per Dekret des Außenministers wurden am 15. März die Kontrollen an den polnischen Außengrenzen wieder eingeführt. Ebenfalls per Dekret rief der Gesundheitsminister den so genannten epidemischen Zustand (*stan epidemii*) aus. Damit sind Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit der Bürger, des Datenschutzes, des freien Warenverkehrs, der Produktionsabläufe in den Betrieben und der Tätigkeiten bestimmter öffentlicher Institutionen verbunden sowie die Ausübung des Verfügungsrechts, etwa im Falle einer Beschlagnahme zum Zweck der Bekämpfung der Epidemie. Das politische und öffentliche Leben in Polen wurde infolge der Covid-19-Krise und der eingesetzten Maßnahmen weitgehend lahmgelegt.

Das Problem besteht allerdings darin, dass die polnische Verfassung in Artikel 228 für besondere Gefahrensituationen, in denen die normalen verfassungsrechtlichen Mittel zur Bewältigung einer Krise nicht ausreichen, die Ausrufung des Notstandes in Form des Kriegszustandes (*stan wojenny*), des Ausnahmezustandes (*stan wyjątkowy*) oder des Katastrophenzustandes (*stan klęski żywiołowej*) vorsieht. Bis dato hat sich die Regierung aber nicht zur Verhängung des letzteren, verfassungsgemäßen Notstandes durchgerungen. Stattdessen wurde per Dekret ein nicht von der Verfassung legitimer so genannter epidemischer Zustand eingeführt. Die Einschränkung bürgerlicher Rechte und Freiheiten erfolgte dann durch Regierungsverordnungen, die auf besagtem Gesetz vom 8. März basieren, oder ein-

fach aufgrund administrativer Entscheidungen, die nicht den Status allgemeinverbindlicher Rechtsakte besitzen. Viele namhafte polnische Juristen sehen in diesem Vorgehen eine eklatante Schwächung der verfassungsrechtlichen Ordnung. So plädierte die ehemalige Verfassungsrichterin und Rechtsprofessorin Ewa Łętowska für die Verhängung des Katastrophenzustandes. Da der »epidemische Zustand« nicht in der Verfassung vorgesehen ist, ist die mit dessen Verfügung einhergehende Einschränkung demokratischer Rechte verfassungswidrig. Es ist demnach offenkundig, dass die Regierung wie auch die Mehrheit im Sejm gegen die Verfassung verstoßen haben.

Die vom Parlament und der Regierung in Polen ermöglichten bzw. ergriffenen Maßnahmen entsprachen mehr oder weniger Schritten, die in fast allen europäischen Staaten beschlossen wurden, zum Teil waren sie geringerer Tragweite, zum Teil gingen sie darüber hinaus. Eine abschließende Bewertung des Erfolgs der Maßnahmen ist naturgemäß vorerst nicht möglich. Doch schon jetzt lässt sich feststellen, dass sich die staatliche Administration vor allem auf zentraler Ebene bis dato nur als bedingt einsatzfähig im Kampf gegen die Krise erwiesen hat. So arbeitete Gesundheitsminister Łukasz Szumowski bis zur Erschöpfung für die Stärkung bzw. Stabilisierung des Gesundheitswesens angesichts der Krise und avancierte deshalb laut Umfragen zum beliebtesten Politiker des Landes, während der Minister des Staatsschatzes, Jacek Sasin, lange Zeit vor allem mit der Vorbereitung der Polnischen Post für die Durchführung der Briefwahl und der Aufsicht über den Druck der Wahlzettel beschäftigt war, statt sich insbesondere mit den besonderen Auswirkungen der Krise auf den Kohlebergbau in Oberschlesien zu beschäftigen, die in gewisser Weise vorhersehbar waren. Hinzu kommt, dass in der ersten Phase der Covid-19-Epidemie viel zu wenige Tests durchgeführt wurden. Darüber hinaus tauchte in polnischen Medien wiederholt der Verdacht auf, dass die Regierung nicht wahrheitsgetreu über den Stand der Infektionen informiere.

Bei der Versorgung der Infizierten gingen die Ärzte, Schwestern und andere Bedienstete im polnischen Gesundheitswesen oft bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit, waren dabei aber vor allem in den Krankenhäusern in ländlichen Regionen überfordert, weil es dort an Pflegekräften, Ärzten und entsprechender Ausrüstung fehlt. Geradezu dramatisch eskalierten die Ängste vieler älterer Menschen, die davor zurückschreckten, trotz anderweitiger gefährlicher Erkrankungen oder gar schon festgelegter Termine für Behandlungen und Eingriffe die Krankenhäuser aufzusuchen.

Dass Kaczyński so lange am 10. Mai als Termin für die Präsidentschaftswahl festhielt, hängt auch mit seiner wohl nicht unbegründeten Befürchtung zusammen, die

schon spürbaren und sich in Zukunft noch verstärken den wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Krise könnten dem Ansehen der *PiS*-geführten Regierung und damit auch Andrzej Duda als von ihm favorisierten Kandidaten schaden. Tatsächlich zeichnen sich ein Rückgang des Wirtschaftswachstums und ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote ab, wobei die Schrumpfung des Bruttoinlandsproduktes in Polen mit vermutlich 4 bis 6 Prozent im Jahr 2020 noch relativ glimpflich ausfallen wird im Vergleich etwa zu Griechenland mit 10 Prozent, Italien und Spanien mit 9 Prozent sowie Frankreich mit 8 Prozent. Für Deutschland werden ebenfalls 6 Prozent prognostiziert, so die Zahlen einer Konjunkturanalyse der EU-Kommission und des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Die allgemeinen Einbrüche des Wirtschaftswachstums und die Einschränkungen des grenzüberschreitenden Gütertransports sowie des Dienstleistungs- und Finanztransfers im Zuge der Krise schaden auch der polnischen Volkswirtschaft. Die *PiS*-Propaganda vom »wirtschaftlichen Tiger Polen« verliert also an Strahlkraft. Ein sinkendes Wirtschaftswachstum sorgt immer auch für geringere Steuereinnahmen und damit für weniger Spielraum der Regierung in Bezug auf den Staatshaushalt. Die ausgreifende Sozialpolitik der *PiS* wird also Einbußen erleiden. Damit aber bricht ein inhaltliches Standbein der Partei Kaczyńskis weg, mit dem sie viele Wähler für sich eingenommen hat und mit dem sie auch bei ihrer Unterstützung für Andrzej Duda punkten möchte. Aus der Sicht Kaczyńskis ist ein schnellstmöglicher Wahltermin also mehr als wünschenswert.

Hinzu kommt, dass gerade auch für Polen die anstehenden Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 bzw. deren Ergebnis schwer kalkulierbar sind. Angesichts der unterschiedlichen Auswirkungen der Covid-19-Krise und der ungeheuren Summen, die einzelne Länder zur Behebung der Schäden besonders für die Wirtschaft aufwenden müssen, lässt sich bislang nicht absehen, wie hoch die Beitragszahlungen aller Länder in den EU-Haushalt und auch die Transfers im Rahmen der Kohäsionspolitik an einzelne Länder künftig sein werden. Gerade für Polen sind diese Transfers eine wesentliche Finanzierungsquelle für Investitionen in die Wirtschaft, Infrastruktur und andere Bereiche.

Zick-Zack-Kurs

Die Vorgeschichte der ursprünglich auf den 10. Mai datierten Wahl des Staatspräsidenten ist reich an widersprüchlichen Stellungnahmen und Entscheidungen, sowohl seitens der Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki als auch der *PiS*-Abgeordneten im Sejm und schließlich des gesamten Parlaments. Einige dieser Entscheidungen waren verfassungsrecht-

lich äußerst fragwürdig. Vielfach ging es dabei vor allem um Politik und Wahltaktik, nicht um einen möglichst wirkungsvollen Kampf gegen die Covid-19-Krise.

So hat sich auch die Wahrnehmung möglicher Gefahren eines Urnengangs am 10. Mai für die Gesundheit der Bürger innerhalb weniger Wochen deutlich verändert. Obwohl Mediziner und speziell Virologen schon vorher gewarnt hatten, sagte Ministerpräsident Morawiecki noch am 24. März, dass es keinen Grund gebe, die Präsidentenwahl zu verschieben. Auch Präsident Duda erklärte, dass ein Besuch im Wahllokal nicht das Risiko einer Infektion mit dem Coronavirus erhöhe. Der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński äußerte in den Medien mehrfach die Ansicht, dass eine Teilnahme an den Wahlen keinesfalls eine Gefahr für die Gesundheit der Wähler darstelle. Lediglich Gesundheitsminister Łukasz Szumowski sprach sich vergleichsweise früh für eine Verschiebung der Wahl um zwei Jahre aus.

Die Novellierung des Wahlrechts war der Wendepunkt. Am 31. März schuf der Sejm vor allem mit den Stimmen der Regierungspartei die Möglichkeit, die Präsidentenwahl als reine Briefwahl zu organisieren, indem diese Art der Stimmabgabe als verpflichtend für alle 30 Millionen Wahlberechtigten festgelegt wurde. Die *PiS* vollzog damit eine totale Kehrtwende. Noch 2017 hatte sie die völlige Abschaffung der Briefwahl angestrebt (sogar für Menschen mit Behinderung, die einzige Wählergruppe, für die diese Wahlform möglich ist) und dies mit der Gefahr des Missbrauchs und der Manipulation begründet.

Mit der Entscheidung vom 31. März wurde auch festgelegt, dass die staatliche Post für die Auslieferung der Wahlunterlagen verantwortlich ist. Am Wahltag sollten diese von den Wählern in eigens dafür ausgewiesene »Briefkästen« im Freien eingeworfen werden. Bald nach diesem Beschluss begann die staatliche Wertpapierdruckerei mit dem Druck der Stimmzettel, obwohl der Senat als zweite Parlamentskammer noch nicht seine Zustimmung zu der Novelle gegeben hatte, was aber laut Verfassung notwendig ist.

Bald schon wurden in der polnischen Öffentlichkeit die eklatanten Schwächen dieser Vorgehensweise diskutiert. So stellte sich die Frage, ob im Rahmen des festgelegten Prozedere die Wahlunterlagen tatsächlich an alle Adressaten gelangen würden. Gefragt wurde auch, wie man denn den Diebstahl oder die Vernichtung von Wahlzetteln verhindern wolle, bevor diese in die »Briefkästen« gelangten, und wer denn die Sicherheit dieser »Wahlurnen« garantieren werde, die beispielsweise an Tankstellen aufgestellt werden sollten. Innerhalb der Familien und Wohngemeinschaften sei außerdem nicht gewährleistet, dass eine freie und geheime Wahl stattfindet, meinten Kritiker dieser Vorgehensweise, die der *PiS* in diesem Zusammenhang mangel-

des Verständnis für Datenschutz vorwarfen. Selbst bei der Post regte sich Widerstand gegen die Durchführung der Briefwahl.

Unter dem Aspekt der Organisation von Wahlen treten zwei gravierende verfassungsrechtliche Probleme auf. Das eine betrifft die Rechtmäßigkeit der vorgenommenen Änderung des Wahlrechts, das zweite den rechtlichen Charakter des verhängten »epidemischen Zustandes«. Wichtiger Bestandteil des geltenden Rechtes ist ein Urteil des polnischen Verfassungstribunals aus dem Jahr 2006, wonach wesentliche Änderungen des Wahlrechts mindestens sechs Monate vor dem Wahltermin stattfinden müssen. Ausnahmen, so das Gericht, könne es nur unter objektiv außergewöhnlichen Umständen geben, die aber in dem Urteil nicht näher definiert werden. Das führt zu dem zweiten, bereits angesprochenen Problem, dass die Verfassung im Falle besonderer Gefahrensituationen nur die Verhängung des Kriegs-, des Ausnahme- oder des Katastrophenzustandes vorsieht, nicht aber einen »epidemischen Zustand«, den die Regierung per Dekret eingeführt hat. Aber selbst wenn einer der drei in der Verfassung verankerten Notstände ausgerufen würde, dürfen in diesem Zeitraum weder die Verfassung noch die Wahlordnungen für den Sejm, den Senat und die Organe der territorialen Selbstverwaltung geändert werden, ebenso wenig wie das Gesetz zur Wahl des Präsidenten. Während eines solchen Notstandes dürfen auch weder die Legislaturperiode des Sejm verkürzt werden noch ein landesweites Referendum oder Wahlen zum Sejm, zum Senat und zu den Organen der territorialen Selbstverwaltung durchgeführt werden. Hinzu kommt, dass die Staatliche Wahlkommission mehrheitlich mit Parteigängern der *PiS* besetzt wurde, was eine Überprüfung des korrekten Wahlablaufs vermutlich erschwert.

Immerhin lehnte der von der Opposition dominierte Senat am 5. Mai die vom Sejm am 31. März beschlossene Novellierung des Wahlrechts zur Briefwahl ab. Unter dem Druck des ehemaligen Wissenschaftsministers Jarosław Gowin sah sich dann auch der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński gezwungen, einer Verschiebung der Wahl zuzustimmen.

Wahlkampf als Farce

Im Vorfeld der für den 10. Mai angesetzten Wahl hat es über weite Strecken keinen echten Wahlkampf gegeben. Nach der Verhängung des Versammlungsverbots infolge der Corona-Epidemie war Amtsinhaber Andrzej Duda der einzige Präsidentschaftskandidat, der de facto über die Voraussetzungen für einen Wahlkampf verfügte. Und er nutzte diese intensiv, indem er durchs Land fuhr und vor allem bei traditionellen Feiern und Zeremonien intensiven Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern suchte. Die von der *PiS* beeinflussten regierungsnahen Medien unterstützten ihn dabei nach Kräften. Zudem

gab es besonders in den ländlichen Regionen katholische Priester, die direkt oder indirekt zur Wahl von Duda als Favorit der *PiS* aufriefen. Unter diesen Umständen konnte von einem gleichen und fairen öffentlichen Wahlkampf nicht die Rede sein.

Für die Oppositionsparteien treten bislang fünf Bewerber an. Ursprünglich war die Kandidatin der Bürgerplattform die Soziologin und frühere Regierungssprecherin Małgorzata Kidawa-Błońska. Angesichts zunehmender parteiinterner Kritik an ihrer Wahlkampf-führung und schlechter Umfragewerte zog sie jedoch ihre Kandidatur zurück. An ihre Stelle trat der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski. Dem ehemaligen EU-Abgeordneten und Minister in der Regierung von Donald Tusk (2007 bis 2014) werden bessere Chancen eingeräumt. Trzaskowski und der unabhängige Kandidat Szymon Hołownia könnten am ehesten in eine mögliche zweite Runde der Präsidentschaftswahl kommen. Der politisch eher unerfahrene Journalist Hołownia ist vor allem bemüht, sich als Vertreter unabhängiger sozialer Initiativen zu profilieren. Der gemeinsame Kandidat linker Gruppierungen wie Frühling (*Wiosna*), der Demokratischen Linksallianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) und der Partei Gemeinsam (*Razem*) ist der ehemalige Stadtpräsident von Stolp (*Słupsk*) und jetzige Europaabgeordnete Robert Biedroń. Gehörte der bekennende Homosexuelle ursprünglich zu den beliebtesten Politikern in Polen, sind seine Umfragewerte für die Präsidentschaftswahl inzwischen stark gesunken. Für die Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) kandidiert ihr Vorsitzender Władysław Kosiniak-Kamysz. Der Arzt und frühere Sozialminister in der Regierung Tusk gibt sich als moderner, ökologisch orientierter Vertreter der ländlichen Bevölkerung, bemüht sich aber auch um mehr Einfluss in den Städten. Alle vier genannten Kandidaten sind Verfechter der Mitgliedschaft Polens in der EU. Der einzige EU-Skeptiker unter den Bewerbern ist Krzysztof Bosak, der für die nationalistische Gruppierung Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (*Konfederacja Wolność i Niepodległość*) antritt. Bosak fordert eine Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft Polens.

Den Oppositionsparteien und ihren Präsidentschaftskandidaten gelang es bislang kaum, dem konzertierten politischen, gesetzgeberischen und administrativen Vorgehen der Regierung und der *PiS*-Mehrheit im Sejm zugunsten einer Wiederwahl Dudas wirkungsvoll entgegenzutreten. Insbesondere konnten sie sich vor dem 10. Mai nicht auf eine gemeinsame Linie bezüglich eines Wahlboykotts einigen. Immer wieder kamen aus ihren Parteien unterschiedliche Aussagen darüber, unter welchen Bedingungen sie an einem Urnengang teilnehmen würden. Geradezu undenkbar war für sie der Vorschlag einiger Zeitungskommentatoren, die oppositio-

nellen Kandidaten sollten sich möglichst schon vor dem ersten Wahlgang auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Schließlich war es der Europaparlamentarier Donald Tusk, der von Brüssel aus zu einem Boykott der Wahl am 10. Mai aufrief. Frühere polnische Präsidenten und Regierungschefs verschiedener Parteien prangerten in einer gemeinsamen Erklärung das nicht verfassungskonforme Vorgehen der *PiS* an.

Fazit

Gerade in Krisenzeiten wie der Covid-19-Pandemie erweist sich, ob Regierungen und die sie stützende Parlamentsmehrheit in der Lage sind, die Bürger so weit wie möglich vor den Folgen einer solchen Pandemie zu schützen. In diesem Zusammenhang kommt den politischen Ambitionen von Jarosław Kaczyński entscheidende Bedeutung zu. Für die Machterhaltung sei Kaczyński zu allem bereit, schrieb selbst die liberal-konservative Tageszeitung *Rzeczpospolita*. Tatsächlich lässt das Verhalten des *PiS*-Vorsitzenden im Vorfeld des 10. Mai keinen anderen Schluss zu. Am Termin der Präsidentenwahl festzuhalten, war ihm wichtiger als der Kampf gegen die Epidemie. Für dieses Ziel setzt er seine enorme politische Macht ein, um Einfluss auf die Regierung und das Parlament zu nehmen – eine Macht, die verfassungsrechtlich keineswegs legitimiert ist.

Wiederholt und zu Recht haben polnische Wissenschaftler und Publizisten wie Aleksander Hall und Jerzy Baczyński Verbindungslinien zwischen dem Denken des einflussreichen, aber höchst umstrittenen Staatsrechtslehrers der ausgehenden Weimarer Republik Carl Schmitt bzw. dessen Doktrin des so genannten Deziionismus und dem politisch-ideologischen Credo von Jarosław Kaczyński gezogen. Kaczyńskis Ansichten kämen Schmitt nahe, als dieser den Vorrang politischer Entscheidungen vor rechtlichen Normen in einer Ausnahme-situation des Staates hervorhob.

Wie Polen haben zahlreiche Staaten im Zuge der Corona-Krise zum Teil sehr rigide Maßnahmen ergriffen, die auch zur Einschränkung bürgerlicher Rechte und Freiheiten geführt haben. Das ist zulässig, wenn

diese verfassungsrechtlich legitimiert und politisch-parlamentarisch eingebunden sowie mit klaren inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben für ihre spätere Aufhebung verbunden sind. Gegen diese Grundsätze wurde aber in Polen auf Betreiben Kaczyńskis und der *PiS* wiederholt verstoßen, wie die Änderung des Wahlrechts, die Verhängung des »epidemischen Zustandes« und die organisatorischen Vorbereitungen der Briefwahl beweisen.

Ebenso ist es illegitim, wenn Krisenzustände wie die Epidemie zur Festigung eines eher autoritären Staatsmodells und zur Schwächung der Justiz als ein zentrales Element der Dreiteilung der staatlichen Gewalt genutzt werden. Die von der *PiS* betriebene Schwächung der Staatlichen Wahlkommission ist nur ein Beispiel dafür, dass es im Vorfeld des 10. Mai solche Bestrebungen gab.

Namhafte polnische Publizisten wie Rafał Kalukin vom Wochenmagazin *Polityka* betonten allerdings zu Recht, dass Polen nicht so sehr eine Diktatur als vielmehr chaotische Verhältnisse drohen würden. Tatsächlich gaben die widersprüchlichen taktischen Manöver Kaczyńskis im Vorfeld des 10. Mai und die verschiedenen verfassungsmäßig und legislativ fragwürdigen Initiativen der *PiS*-Fraktion im Sejm einen Vorgeschmack auf das, was Polen weiterhin drohen könnte. Gerade die Regierungspartei machte bisher nicht den Eindruck einer politischen Kraft, die das Land ruhig, konsequent und energisch durch die Covid-19-Krise steuern möchte. Strategisches Handeln insbesondere zur Stärkung des Gesundheitswesens sieht anders aus.

Auch die polnische Opposition benötigt dringend einen Reifeprozess. Kritik an der *PiS* und der Regierung sowie die Konkurrenz ihrer Präsidentschaftskandidaten untereinander reichen nicht aus. Gefragt sind Initiativen, die die tiefe Spaltung in der Gesellschaft überwinden können, und gemeinsame Anstrengungen, die das demokratisch-parlamentarische System stärken und die strategische Vorbereitung für künftige Krisen anstoßen. Im Land keimen erste Hoffnungen auf, dass der neue Präsidentschaftskandidat der *Bürgerplattform*, der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski, der Richtige dafür sein könnte.

Über den Autor

Reinhold Vetter ist freier Wissenschaftler und Publizist. Unlängst erschien von ihm: *Warschau im Sturm der Geschichte. Metamorphosen einer leidgeprüften Stadt*. Baden-Baden 2020.

Die Abmachung von Kaczyński mit Gowin öffnet eine wichtige Tür, um die Ergebnisse der kommenden Wahlen anzuzweifeln

Interview mit Adam Strzembosz, 8. Mai 2020

Newsweek, Marcin Chłopaś: Wissen Sie bereits – ähnlich wie die Parteivorsitzenden [Jarosław] Kaczyński und [Jarosław] Gowin – welche Entscheidung das Oberste Gericht in der Angelegenheit der Präsidentenwahlen am 10. Mai [2020, d. Übers.] treffen wird?

Prof. Adam Strzembosz: Ich habe mir nicht angewöhnt, mich über zukünftige Gerichtsurteile zu äußern. Ich sehe allerdings, dass die Leitung des »guten Wandels« [so das Schlagwort der Regierung für ihren ideologisch motivierten Umbau politischer und gesellschaftlicher Bereiche, d. Übers.] ein Problem zu lösen versucht, indem sie davon ausgeht, dass die Staatliche Wahlkommission gehorsam einen entsprechenden Antrag an das Oberste Gericht stellen wird und als nächstes das Oberste Gericht gehorsam [...] innerhalb von wenigen Tagen das Urteil fällen wird, dass die Wahlen ungültig sind. Das Problem besteht darin, dass das Oberste Gericht jedoch über die Gültigkeit der Wahl eines konkreten Kandidaten zu urteilen hat.

Worin besteht der Unterschied?

Wenn die Wahlen mit der Methode durchgeführt werden würden, die forciert wurde [das ist die obligatorische Briefwahl, d. Übers.], und beispielsweise Andrzej Duda für die nächste Amtszeit gewählt würde, könnte das Oberste Gericht sagen: Die Wahlen waren nicht allgemein, nicht gleich, nicht geheim. Und dementsprechend ist diese Wahl falsch und kann man sie nicht akzeptieren. Allerdings wird es hier nicht dazu kommen, dass irgendjemand gewählt wird. Meiner Meinung nach hat das Oberste Gericht nichts dazu zu sagen, denn es äußert sich nicht zu der Frage der korrekten Durchführung des Wahlprozederes, sondern dazu, ob eine konkrete Person korrekt gewählt wurde. Die Rolle des Gerichtes kann nicht von einem Tag auf den anderen geändert werden. Es gibt eine andere Lösung, doch ich werde sie hier nicht nennen, denn das ist nicht meine Aufgabe. Jedenfalls kann ich mir nicht vorstellen, dass das Gericht über seine Befugnisse hinausgeht, aber es wird natürlich so urteilen, wie es meint. Ich denke, wenn es anders entscheiden will, als das Verfahren einzustellen, wird es sich das lange überlegen.

Und glauben Sie zurzeit an die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtes?

Drei Kammern haben gezeigt, dass sie unabhängig sind. Wir werden uns erst noch von der Kammer überzeugen, die jetzt über die Gültigkeit des Wahlprozederes urteilen soll. Wie sie sich verhalten wird, weiß ich nicht. Das wird für sie eine sehr große Prüfung werden. Der Status dieser Richter wird von der Haltung der drei Kammern des Obersten Gerichtes und den Anweisungen des Urteils des EuGH infrage gestellt.

Viele Menschen berufen sich auf den gesunden Menschenverstand und sagen: Wenn die Wahlen nicht stattgefunden haben, dann sind sie auch nicht gültig.

Wir sprechen jetzt zu einem Zeitpunkt, an dem das Gesetz über die [obligatorische, d. Übers.] Briefwahl durch das Parlament gegangen ist, es der Präsident aber nicht unterzeichnet hat. In diesem Fall haben wir jetzt gar keine Vorschriften, die die Abstimmung regeln, denn das vorige Gesetz – der »Antikrisenschild 2.0« [Gesetzespaket zur Bewältigung der Folgen der Corona-Epidemie, d. Übers.] – hat ein anderes Wahlprozedere [die Möglichkeit sowohl des Urnengangs als auch der Briefwahl, d. Übers.] verabschiedet. In diesem Falle frage ich: Was ist überhaupt passiert? Es gab da irgendetwas, aber der letzte, der wichtigste Wahlakt, das ist die Abstimmung selbst, hatte keine rechtliche Regulierung. Wenn der Präsident das Gesetz über die [obligatorische, d. Übers.] Briefwahl nicht unterzeichnet, womit soll sich das Oberste Gericht dann befassen? Mit dem Wahlprozedere, das eingeleitet wurde, aber teilweise keinen rechtlichen Rahmen hatte und überhaupt nicht zu Ende geführt wurde?

Und was wäre in dem Falle, dass der Präsident das Gesetz über die Briefwahl unterzeichnet und es veröffentlicht wird?

Wenn das Gesetz in Kraft träte, könnte man anerkennen, dass es rechtliche Grundlagen für die Abstimmung gibt, sie aber nicht stattgefunden hat. Zumindest wäre dann festgelegt, wie sie hätte verlaufen sollen.

Das wäre eine bessere rechtliche Lage?

Eher eine schlechtere, denn in der Praxis würde sich zeigen, dass zwei Herren außerhalb des rechtlichen Rahmens beschlossen haben, dass die Wahlen nicht stattfinden werden. Sie haben Vorschriften verabschiedet, sind aber von vornherein davon ausgegangen, dass sie sie nicht umsetzen werden. So etwas kann nur in einem Land geschehen, in dem nicht das Recht gilt, sondern nur die Anweisungen bestimmter Personen. Hier ist eine Reihe von Personen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen sowie auch verfassungsrechtlich vor dem Staatsgerichtshof. Diesbezüglich habe ich keine Zweifel.

Auf welcher Seite liegt jetzt die Verantwortung für die nicht durchgeführten Wahlen?

Das ist eine sehr umfassende Frage. Das Gesetz über die Briefwahl wurde nicht vom Präsidenten unterzeichnet, also existiert es nicht. Das heißt, die Wahl soll eigentlich am 10. Mai stattfinden und durchführen soll sie eigentlich die Staatliche Wahlkommission. Das kann sie aber nicht, denn mit dem vorherigen Gesetz, dem »Antikrisenschild 2.0«, das der Präsident unterzeichnet hat und das in Kraft getreten ist, wurden der Staatlichen Wahlkommission die entsprechenden Befugnisse entzogen. Das Gesetz hat der Staatlichen Wahlkommission Kompetenzen abgesprochen, also wurde sie nicht tätig. Es hat jemand anders gehandelt: ein Minister der PiS-Regierung [Jacek Sasin, d. Übers.]. Wenn man der Staatlichen Wahlkommission Befugnisse entzieht und sie selbst übernimmt, dann ist man für das Wahlprozedere verantwortlich. Das haben keine Wichtel gemacht, sondern konkrete Menschen.

Sollen sie nur dafür zur Verantwortung gezogen werden, dass sie die Wahlen nicht durchführen?

Nicht nur. Wir haben auch das Problem der Umsetzung des Gesetzes vor seinem Beschluss, also den Verstoß, dass viele Millionen Zloty umsonst ausgegeben wurden, denn schließlich darf jede Institution und insbesondere eine Behörde nur dann tätig werden, wenn es dafür eine rechtliche Grundlage gibt. Sie kann nicht in der Erwartung handeln, dass sich irgendwann die Grundlage für ihr Handeln finden wird. Dafür ist man verantwortlich: für das vergeudete Geld, für den Machtmissbrauch, für die Nichterfüllung der Pflichten.

Sie mussten so handeln, weil die Bedingungen schwierig waren, weil sie für den »Festtag der Demokratie« kämpften, für die Wahlen und weil es nicht leicht war.

All das, was geschehen ist – von der Änderung des Wahlgesetzes zu einem Zeitpunkt, der nicht früher als ein halbes Jahr vor den Wahlen liegt [laut Verfassung darf die Wahlordnung sechs Monate vor den Wahlen nicht mehr geändert werden, d. Übers.], bis zum Entzug von Befugnissen der Staatlichen Wahlkommission –, lässt sich noch mit einem Notstand erklären. Aber nur dann, wenn es keinen anderen Ausweg gibt. Aber den gab es, ganz einfach: den Katastrophenzustand verhängen. Das wurde nicht gemacht, und dafür sollte sich auch jemand verantworten. Den Bürgern wurde ohne rechtliche Grundlage eine Reihe von Bürgerrechte entzogen – das Verbot, das Haus zu verlassen, Versammlungsrecht, Demonstrationsrecht. Bürgerrechte kann man im Katastrophenzustand aussetzen, aber nicht aufgrund einer Verordnung oder eines Gesetzes.

[...]

Wie beurteilen Sie die Anfrage von Sejmarschallin Elżbieta Witek an das Verfassungstribunal bezüglich der Möglichkeit, den Wahltermin zu verschieben?

Es gab keinerlei Grundlage für diese Anfrage und das Verfassungstribunal hat keine rechtliche Grundlage, die Verfassung zu ändern, die deutlich festlegt, dass der Sejmarschall den Wahltermin bestimmt und daraufhin das Wahlprozedere beginnt. Man kann das nicht einfach verschieben, weil es technische Probleme gibt. Und man kann nicht einmal das Verfassungstribunal danach fragen, denn es hat keine solchen Befugnisse.

[...]

Meinen Sie wirklich, dass die ganze Angelegenheit mit den Wahlen Polen so sehr schadet?

Ja. Hinzu kommt, dass dieses Theater uns in ganz Europa und vielleicht auch in der ganzen Welt kompromittiert. Es kann zu einem Verlust des Vertrauens nicht nur in die Regierung, sondern auch in das ganze Rechtssystem führen. Mich haben Menschen angerufen, die in die PiS [die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedli-

wość, d. Übers.] verliebt sind. Sie fragen: Was ist passiert, warum gibt es keine Wahlen? Und ich sage: Weil zwei Herren bestimmt haben, dass sie nicht stattfinden werden. Ohne den Sejm, ohne den Senat, ohne die Regierung, ohne alles. Zwei Herren haben das ganz einfach so verabredet.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Das Interview wurde für Newsweek.pl geführt.

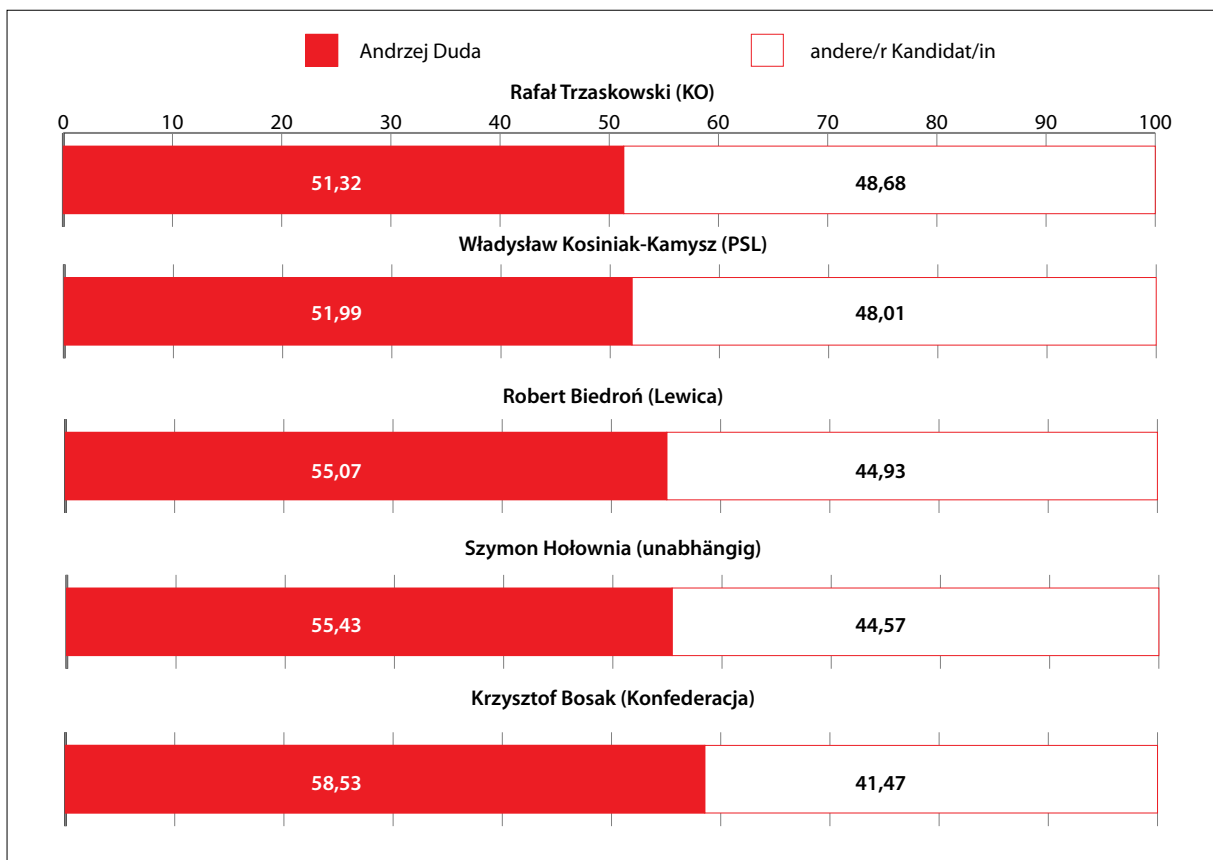
Quelle: Adam Strzembosz: Układ Kaczyńskiego z Gowinem otwiera poważną furtkę do podważania wyników następnych wyborów. Interview auf Newsweek.pl, 08.05.2020. <https://www.newsweek.pl/polska/wybory-prezydenckie-2020-adam-strzembosz-o-nastepnych-wyborach-prezydenckich/x9kvjz4> (abgerufen am 27.05.2020).

Erlaubnis für Übersetzung und Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Newsweek.pl

UMFRAGEN

Zur Wahl des Präsidenten

Grafik 1: Wen würden Sie wählen, wenn im zweiten Wahlgang ... zur Auswahl stünden?
(Umfrage am 26.–27. Mai 2020, %)

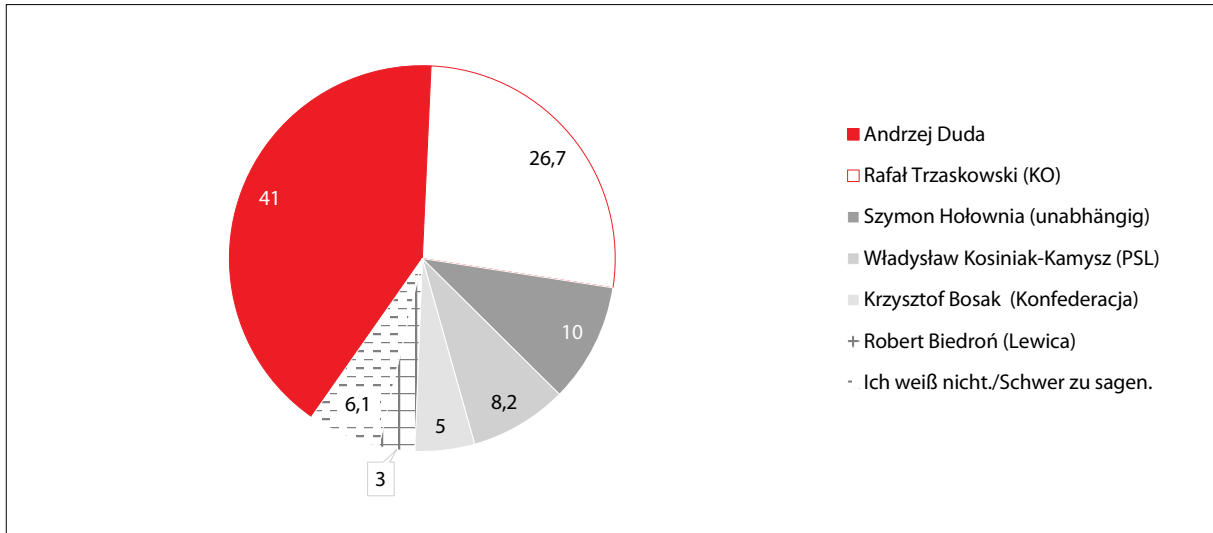


KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Lewica – Die Linke; Konfederacja – Konföderation

Umfrage von Institut Badań Pollster für die Tageszeitung Super Express, 26.–27.05.2020, 1.038 Befragte.

Quelle: TVN24.pl. <https://tvn24.pl/wybory-prezydenckie-2020/wybory-prezydenckie-2020-sondaz-w-drugiej-turze-andrzej-duda-ma-niewiele-wiecej-od-rafala-trzaskowskiego-4598060> (abgerufen am 01.06.2020).

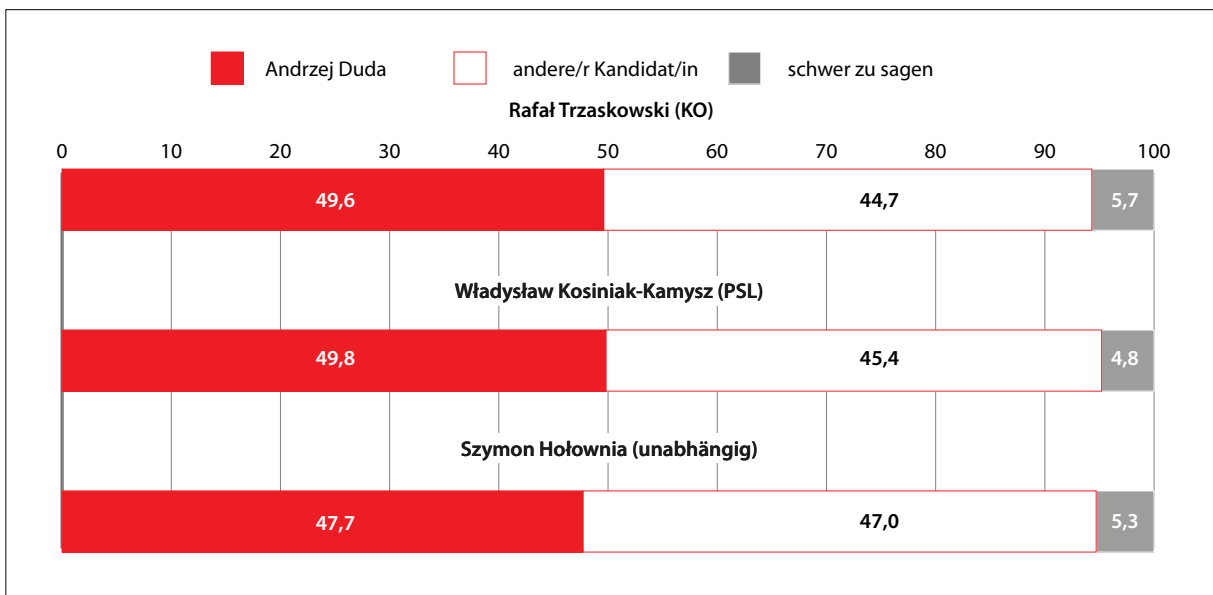
Grafik 2: Welchen Kandidaten würden Sie bei den Präsidentschaftswahlen wählen?
(Umfrage am 22.–23. Mai 2020, %)



KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; PSL/Polские Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Konfederacja – Konföderation; Lewica – Die Linke
Umfrage von IBRiS für die Tageszeitung Rzeczpospolita nach der CATI-Methode, 22.–23.05.2020, 1.100 Befragte.

Quelle: Rzeczpospolita. <https://www.rp.pl/Wybory-prezydenckie-2020/305259893-Sondaz-Bedzie-II-tura-Duda-prowadzi-o-wlos.html> (abgerufen am 27.05.2020).

Grafik 3: Welchen Kandidaten würden Sie wählen, wenn im zweiten Wahlgang ... aufeinander treffen würden?
(Umfrage am 22.–23. Mai 2020, %)

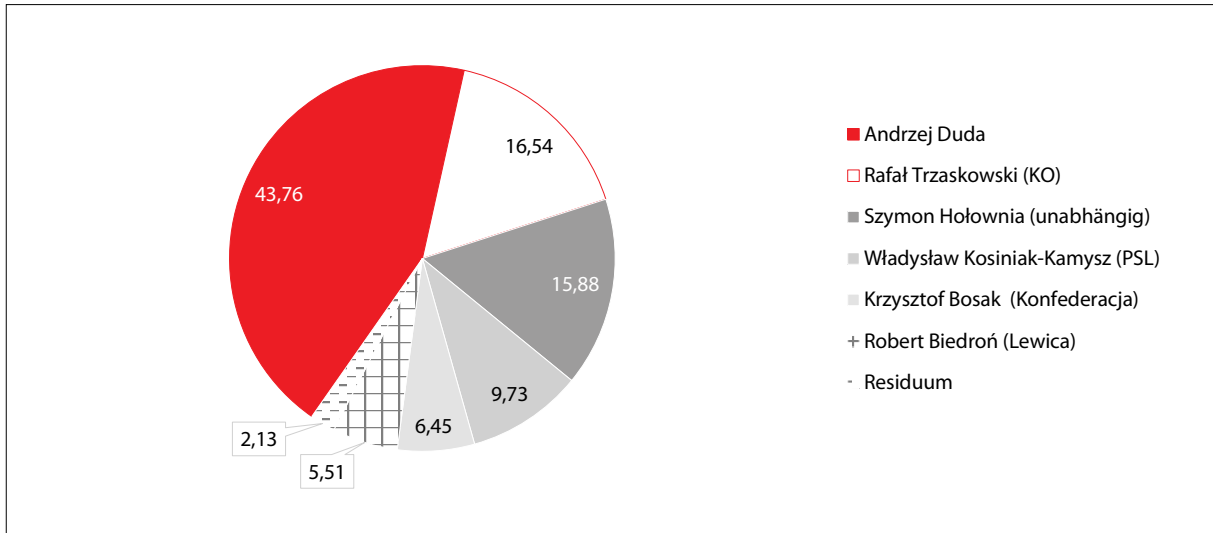


KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; PSL/Polские Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei

Umfrage von IBRiS für die Tageszeitung Rzeczpospolita nach der CATI-Methode, 22.–23.05.2020, 1.100 Befragte.

Quelle: Rzeczpospolita. <https://www.rp.pl/Wybory-prezydenckie-2020/305259893-Sondaz-Bedzie-II-tura-Duda-prowadzi-o-wlos.html> (abgerufen am 27.05.2020).

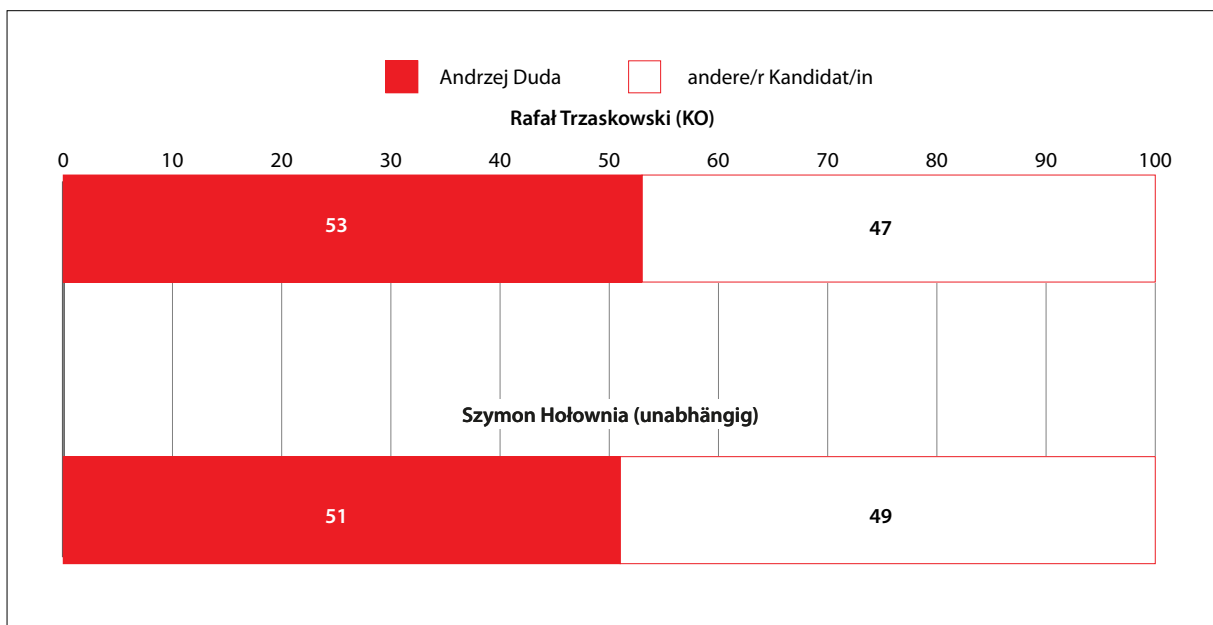
Grafik 4: Welchen Kandidaten würden Sie bei den Präsidentschaftswahlen wählen?
(Umfrage am 15.–17. Mai 2020 %)



KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Konfederacja – Konföderation; Lewica – Die Linke
Umfrage von Institut Badań Pollster für die Tageszeitung Super Express, 15.-17.05.2020, 1.089 Befragte.

Quelle: Rzeczpospolita. <https://www.rp.pl/Wybory-prezydenckie-2020/200519200-Sondaz-W-II-turze-Duda-wygralby-z-Trzaskowskim-i-Holownia.html> (abgerufen am 27.05.2020).

Grafik 5: Welchen Kandidaten würden Sie wählen, wenn im zweiten Wahlgang ... aufeinander treffen würden?
(Umfrage am 15.–17. Mai 2020, %)

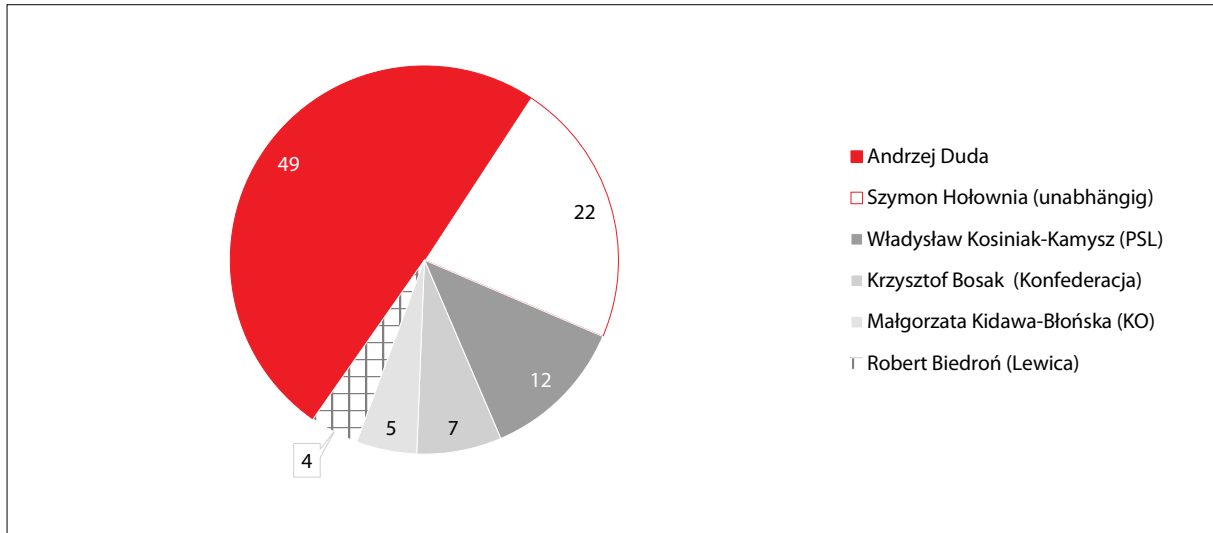


KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition

Umfrage von Institut Badań Pollster für die Tageszeitung Super Express, 15.-17.05.2020, 1.089 Befragte.

Quelle: Rzeczpospolita. <https://www.rp.pl/Wybory-prezydenckie-2020/200519200-Sondaz-W-II-turze-Duda-wygralby-z-Trzaskowskim-i-Holownia.html> (abgerufen am 27.05.2020).

Grafik 6: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahl wäre? (Umfrage am 12.–14. Mai 2020, %)*

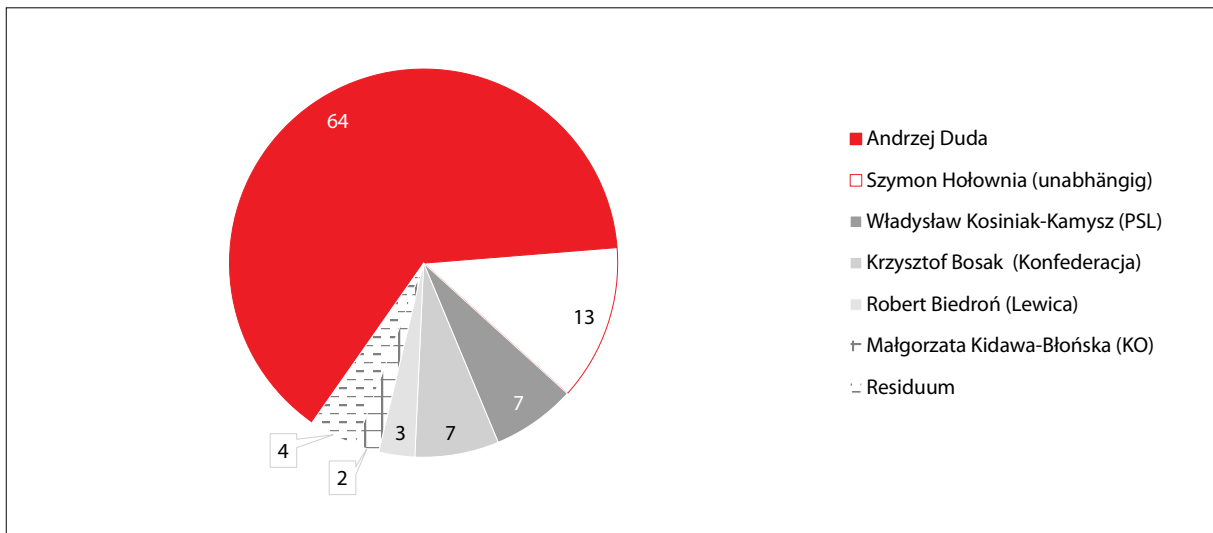


*Bei diesem Ergebnis wäre ein zweiter Wahlgang notwendig.

PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Konfederacja – Konföderation; KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; Lewica – Die Linke
 Umfrage von Social Changes für das Internetportal wPolityce.pl nach der CAWI-Methode, 12.–14.05.2020, 1.070 Befragte.

Quelle: TVP Parlament. <https://www.tvpparlament.pl/sondaze/sondaz-prezydencki-zmiany-w-notowaniach-kandydatow-mozliwa-ii-tura/48060251> (abgerufen am 27.05.2020).

Grafik 7: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahl wäre und obligatorisch als Briefwahl stattfände? (Umfrage am 6.–7. Mai 2020, %)

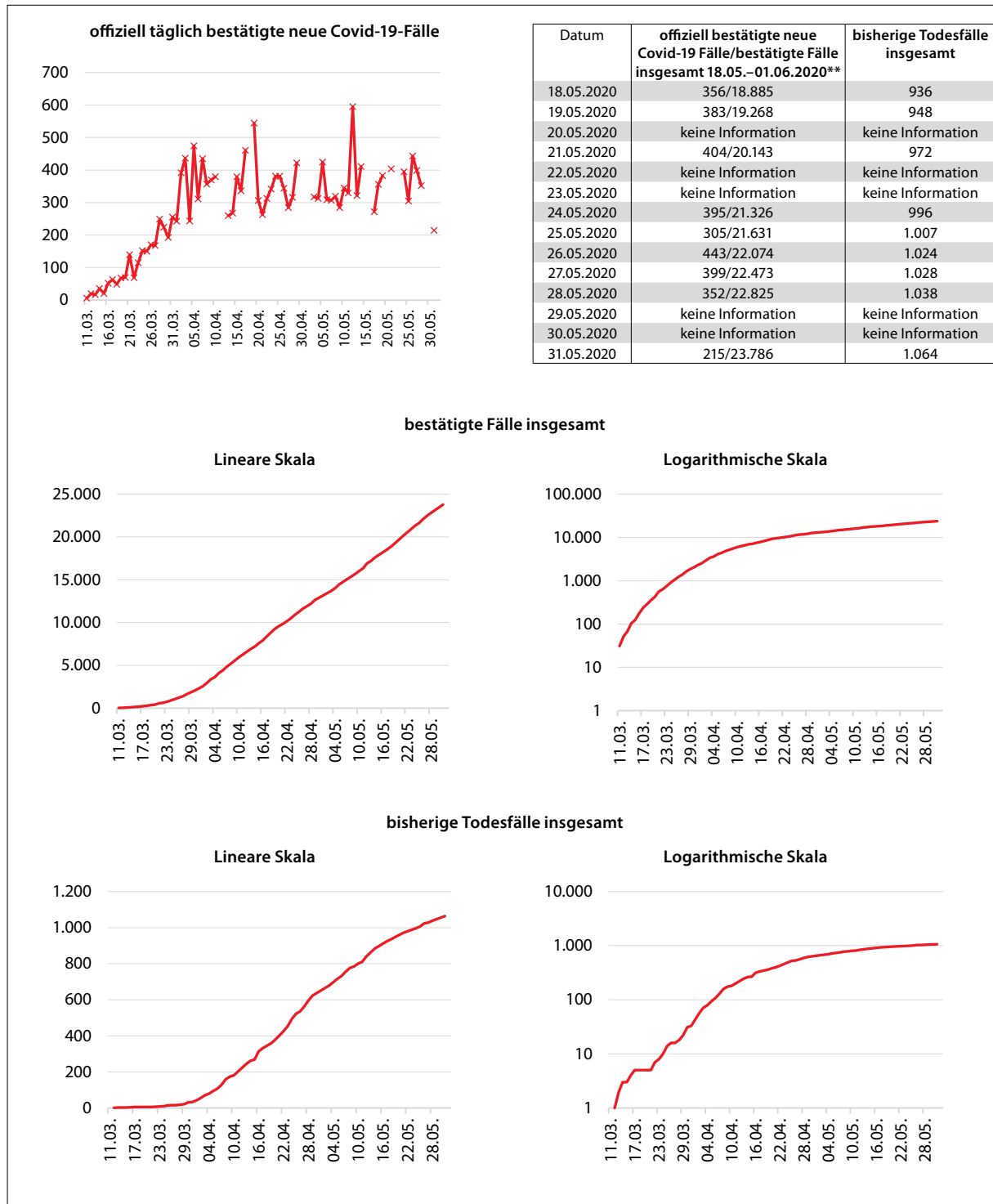


PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Konfederacja – Konföderation; Lewica – Die Linke; KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition
 Umfrage von Social Changes für das Internetportal wPolityce.pl nach der CAWI-Methode, 06.–07.05.2020, 1.073 Befragte.

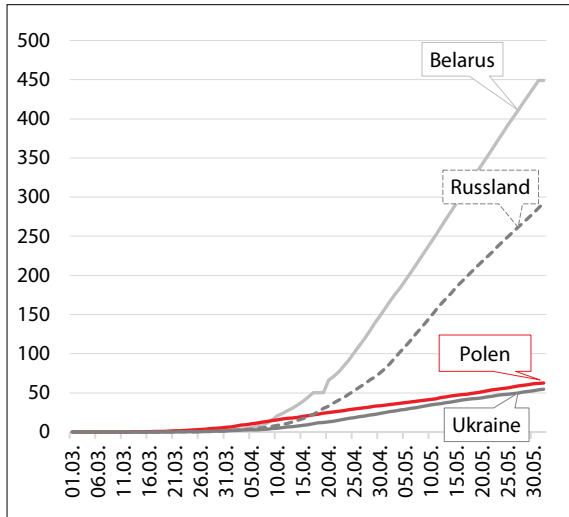
Quelle: TVP Parlament. <https://www.tvpparlament.pl/sondaze/sondaz-prezydencki-duda-liderem-na-podium-holownia-kosiniakkamysz-i-bosak/47947998> (abgerufen am 27.05.2020).

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die offiziellen Daten der polnischen Regierung zur Covid-19-Epidemie in Polen (11. März* – 31. Mai 2020)



Grafik 2: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März –1. Juni 2020, Johns-Hopkins-Universität)

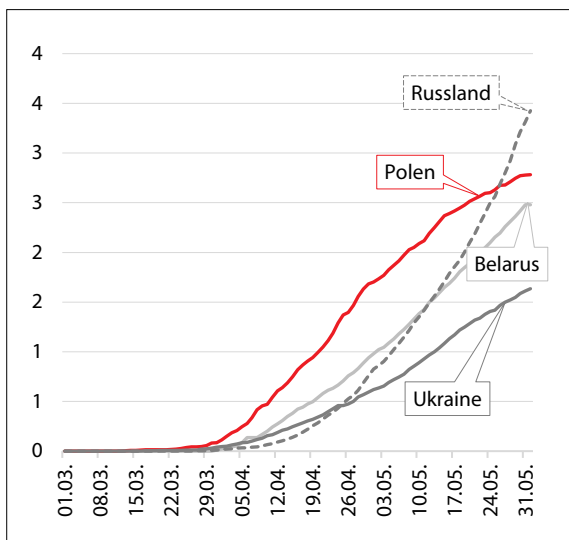


Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17 und für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17.
 Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 01.06.2020, 11:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (18. Mai –1. Juni 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
19.05.	31.508	19.268	299.941	18.876
20.05.	32.426	19.739	308.705	19.230
21.05.	33.371	20.143	317.554	19.706
22.05.	34.303	20.619	326.448	20.148
23.05.	35.244	20.931	335.882	20.580
24.05.	36.198	21.326	344.481	20.986
25.05.	37.144	21.631	353.427	21.245
26.05.	38.059	22.074	362.342	21.584
27.05.	38.956	22.473	370.680	21.905
28.05.	39.858	22.825	379.051	22.382
29.05.	40.764	23.155	387.623	22.811
30.05.	41.658	23.571	396.575	23.204
31.05.	42.556	23.786	405.843	23.672
01.06.	42.556	23.987	414.878	24.012

Grafik 3: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März –1. Juni 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 18, und für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17.
 Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 01.06.2020, 11:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März –1. Juni 2020, Johns-Hopkins-Universität)

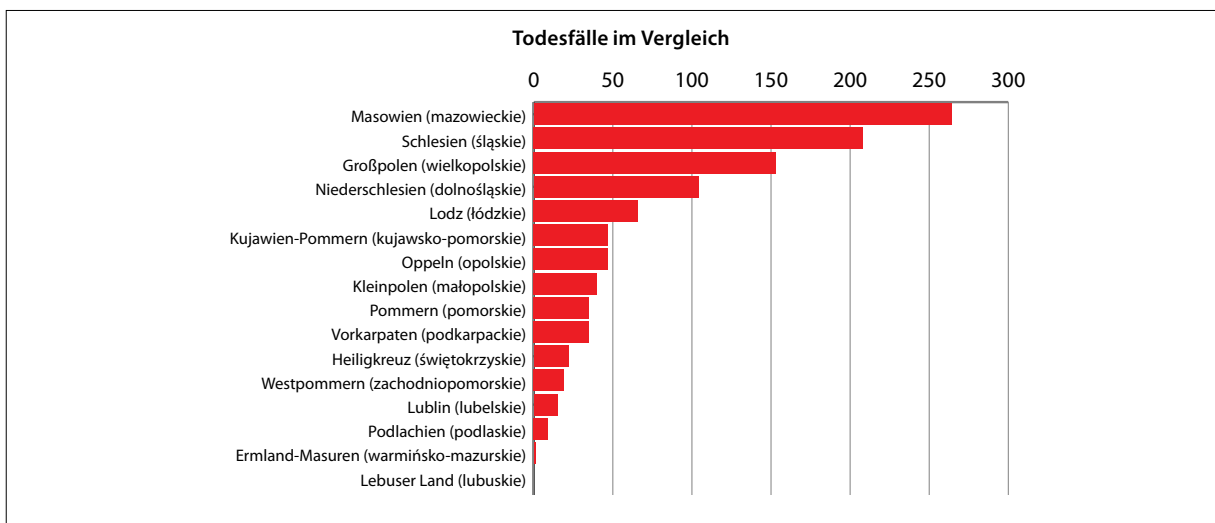
Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
19.05.	175	948	2.837	548
20.05.	179	962	2.972	564
21.05.	185	972	3.099	579
22.05.	190	982	3.249	588
23.05.	194	993	3.388	605
24.05.	199	996	3.541	617
25.05.	204	1.007	3.633	623
26.05.	208	1.024	3.807	644
27.05.	214	1.028	3.968	658
28.05.	219	1.038	4.142	669
29.05.	224	1.051	4.374	679
30.05.	229	1.061	4.555	696
31.05.	235	1.064	4.693	708
01.06.	235	1.065	4.855	718

Grafik 4: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (1. Juni 2020, 10.00 Uhr)



Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Schlesien (śląskie)	8.422	208
Masowien (mazowieckie)	3.581	264
Niederschlesien (dolnośląskie)	2.600	104
Großpolen (wielkopolskie)	2.154	153
Lodz (łódzkie)	1.553	66
Kleinpolen (małopolskie)	1.226	40
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	593	47
Oppeln (opolskie)	651	47

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Pommern (pomorskie)	556	35
Westpommern (zachodniopomorskie)	536	19
Lublin (lubelskie)	495	15
Podlachien (podlaskie)	453	9
Vorkarpaten (podkarpackie)	387	35
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	483	22
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	179	1
Lebuser Land (lubuskie)	118	0



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24 <https://tvn24.pl/raporty/koronawirus-w-polsce-i-na-swiecie-statystyki-najnowsze-informacje-3226255> (abgerufen am 01.06.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Covid-19-Chronik, 19. Mai – 1. Juni 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
19.05.2020	19.268/948	Gesundheitsminister Łukasz Szumowski kündigt an, dass in den Krankenhäusern die für Covid-19-Patienten bereitgestellten Betten schrittweise reduziert werden sollen. Außerdem stellt er die Wiederaufnahme der Tätigkeiten von Sanatorien und Kureinrichtungen für Mitte Juni in Aussicht.
20.05.2020	19.739/962	Außenminister Jacek Czaputowicz nimmt an einer Videokonferenz zur schrittweisen Öffnung der Grenzen zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten teil, zur der Bundesaußenminister Heiko Maas eingeladen hat. Polen werde seine Grenzkontrollen abhängig von der Entwicklung der Corona-Epidemie nur in Absprache mit dem Gesundheitsministerium lockern, so Czaputowicz.
21.05.2020	20.143/972	Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Entwicklung, teilt mit, dass bisher ca. 1,5 Mio. Unternehmen finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Epidemie erhalten haben. 28 Mrd. Zloty seien im Rahmen des staatlichen »Schutzschildes« ausgezahlt worden und 12 Mrd. Zloty hätten Institutionen wie zum Beispiel die Sozialversicherungsanstalt und die Arbeitsämter übernommen.
22.05.2020	20.619/982	Marlena Małag, Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik, sagt auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, dass für Alten- und Pflegeheime (Dom Pomocy Społecznej) 1 Mrd. Zloty zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Epidemie zur Verfügung stünden. 380 Mio. Zloty seien bereits abgerufen worden. Von den 824 Alten- und Pflegeheimen stünden aktuell 25 unter Quarantäne. Verteidigungsminister Błaszczak teilt mit, dass 536 Alten- und Pflegeheime von den Militäreinheiten der Territorialen Verteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT) unterstützt würden, beispielsweise bei Lebensmittellieferungen, Gebäudedesinfektionen oder der Evakuierung von Personen.
23.05.2020	20.931/993	
24.05.2020	21.326/996	
25.05.2020	21.631/1.007	Der Unterricht für die Klassen 1 bis 3 wird wieder aufgenommen sowie der Unterricht in den Prüfungsfächern der Abiturienten und der 8. Klassen. An den Hochschulen kann der Lehrbetrieb für die letzten Studienjahre und für Fächer, die nicht als Fernunterricht stattfinden können, wieder beginnen. Der Grund für die Einführung des Fernunterrichts war die Corona-Epidemie.
26.05.2020	22.074/1.024	
27.05.2020	22.473/1.028	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission zur finanziellen Unterstützung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Demnach soll Polen 63,8 Mrd. Euro als Subventionen (37,7 Mrd. Euro) und Kredite (25,1 Mrd. Euro) erhalten, das sind 8,5 % der vorgesehenen Gesamtsumme. Polen folgt damit auf die Empfängerländer Italien, Spanien und Frankreich. Morawiecki sagt, der Entwurf zeige, dass die Vorschläge Polens von den westeuropäischen Partnern wahrgenommen würden und Polen eine starke Stimme in Europa habe.
28.05.2020	22.825/1.038	Der Vizeminister für Staatliche Aktiva, Artur Soboń, stellt die Grenzöffnung, die auch Flugverbindungen einbezieht, für den 15. Juni in Aussicht. Die Entscheidung sei jedoch von der Entwicklung der Corona-Epidemie abhängig und liege bei Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Zurzeit sind an ausgewiesenen Kontrollpunkten Grenzübertritte in die Nachbarländer möglich. Personen, die nach Polen einreisen, müssen sich in eine zweiwöchige Quarantäne begeben, bestimmte Gruppen, die von Berufs wegen pendeln, sind ausgenommen.
29.05.2020	23.155/1.051	Das Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen gibt bekannt, dass 99 Hochschulen höhere Subventionen erhalten, insgesamt handele es sich um 256 Mio. Zloty. Die Hochschulen haben infolge der Corona-Epidemie weniger Einnahmen, weil sie u. a. die Studiengebühren aufgrund des online-Studiums teilweise reduziert haben, die Studentenwohnheime weniger belegt sind und keine Räume für Konferenzen vermietet werden.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
30.05.2020	23.571/1.061	Es beginnt die vierte Etappe der Aufhebung der infolge der Corona-Epidemie verhängten Schutzmaßnahmen. Im Freien gilt nun ein Abstandsgebot von zwei Metern; ein Mund-Nasen-Schutz muss nicht getragen werden. In Behörden, Geschäften und auf Märkten gilt keine Beschränkung der Personenanzahl mehr, es muss aber ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden. In gastronomischen Betrieben gilt ein Abstand von zwei Metern bis zum Nachbartisch, die Maskenpflicht ist nur am Tisch aufgehoben. Es gelten strenge Desinfektionsregeln.
31.05.2020	23.786/1.064	Die durch die Corona-Epidemie bedingte Beschränkung der Personenanzahl in Gottesdiensten wird aufgehoben. Außerdem sind Versammlungen und Veranstaltungen im Freien sowie Hochzeiten bis zu 150 Teilnehmern wieder erlaubt.
01.06.2020	23.987/1.065	Bildungsminister Dariusz Piontkowski teilt mit, dass im laufenden Schuljahr infolge der Corona-Epidemie kein regulärer Präsenzunterricht im Klassenverband mehr stattfinden wird. Die Lehrer stehen nach Voranmeldung weiter in Sprechstunden zur Verfügung. Das Schuljahr endet am 26. Juni 2020. Ursprünglich sollte der Fernunterricht nur bis zum 7. Juni durchgeführt werden.
01.06.2020		Der praktische Unterricht in Berufsschulen sowie die praktische Ausbildung beim Arbeitgeber und der Fahrunterricht der 3. Klassen des Technikums kann unter Beachtung von Corona-Schutzmaßnahmen wieder aufgenommen werden.
01.06.2020		Bildungsminister Dariusz Piontkowski informiert über die Richtlinien und Hygienemaßnahmen für Kinder-Ferienfreizeiten in den Sommerferien. Die Infektionslage der Corona-Epidemie lasse Ferienlager aktuell zu, so Piontkowski, es müsse aber mit Änderungen gerechnet werden. Er kündigt an, dass sein Ressort 28 Mio. Zloty zur Finanzierung der Fahrten bereitstellt, die vor allem Pflegekindern, Kindern aus kinderreichen Familien und Kindern mit Erkrankungen zugutekommen sollen.

* Daten der Johns-Hopkins-University Stand: 01.06.2020, 11:32 Uhr MESZ

CHRONIK

19. Mai – 1. Juni 2020

19.05.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki unterstreicht in der Videokonferenz der Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) dass Polen bei den Verhandlungen für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021–2027) eine starke Kohäsionspolitik und Gemeinsame Agrarpolitik fordert.
20.05.2020	Präsident Andrzej Duda kündigt ein Sondergesetz zur Erhöhung der Speicherkapazitäten für Wasser an. Damit soll den Landwirten bei Dürre geholfen werden. Zurzeit würden nur ca. 6,5 % des Wassers gespeichert werden, angestrebt würden 15 % bis zum Jahr 2027. An der Gesetzesinitiative seien neben der Präsidialkanzlei u. a. das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für Wasserwirtschaft und Binnenschifffahrt beteiligt.
21.05.2020	Drei Senatsausschüsse (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Petitionen; territoriale Selbstverwaltung und staatliche Verwaltung; Gesetzgebung) debattieren gemeinsam über die Gesetzesnovelle zur Präsidentenwahl. Dazu werden auch der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar und der Rechtsexperte Marcin Matczak angehört. Das Gesetz erlaubt sowohl die Urnenwahl als auch die Briefwahl. Es wurde dem Senat am 13. Mai vorgelegt; für seine Arbeit an dem Gesetz hat er 30 Tage Zeit. Der Senat einigt sich noch auf keine Korrekturen am Gesetz und vertagt die Sitzung. Der stellvertretende Senatsmarschall Marek Pęk (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) kritisiert, der von der Opposition dominierte Senat setze auf eine Verzögerungstaktik.
22.05.2020	Nach vorläufigen Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) wurden im ersten Quartal 2020 63.200 Wohnungen fertiggestellt, das sind 2,8 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die durchschnittliche Wohnungsgröße beträgt 89,9 m ² .

23.05.2020	Die Allgemeine Richterversammlung des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) wählt fünf Kandidaten für das Amt des Ersten Präsidenten des Obersten Gerichtes: Włodzimierz Wróbel (50 Stimmen), Małgorzata Manowska (25 Stimmen), Tomasz Demendecki (14 Stimmen), Leszek Bosek (vier Stimmen), Joanna Misztal-Konecka (zwei Stimmen). Die Wahl des Ersten Präsidenten obliegt Staatspräsident Andrzej Duda.
24.05.2020	Der Sprecher der Partei Die Grünen (Zieloni), Krzysztof Rzyman, teilt mit, dass der Landesrat der Partei für Rafał Trzaskowski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten gestimmt hat. Damit Trzaskowski als gemeinsamer Kandidat der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) antreten kann, müssen auch noch Die Moderne (Nowoczesna) und Initiative Polen (Inicjatywa Polska) ihre Zustimmung geben.
25.05.2020	Präsidentensprecher Błażej Spychalski gibt bekannt, dass sich Präsident Andrzej Duda für Małgorzata Manowska als Erste Präsidentin des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) entschieden hat. Die Kandidaten für dieses Amt hat die Allgemeine Richterversammlung des Obersten Gerichtes in der vergangenen Woche gewählt.
26.05.2020	Der Senat berät erneut über die Gesetzesnovelle zur Präsidentenwahl, das sowohl die Möglichkeit der Urnenwahl als auch der Briefwahl vorsieht. Der Senat fordert, die Präsidentenwahlen erst nach dem 6. August 2020 durchzuführen. Der 6. August ist der letzte Amtstag des derzeitigen Präsidenten, Andrzej Duda. Die Senatsitzung soll in der kommenden Woche wieder aufgenommen werden.
27.05.2020	Außenminister Jacek Czaputowicz und sein ungarischer Amtskollege Péter Szijjártó thematisieren in Budapest Bereiche der Zusammenarbeit im Rahmen der Drei-Meere-Initiative. Beide Seiten würden sich dafür aussprechen, Schlüsselprojekte der Drei-Meere-Initiative zu bestimmen, um das Engagement potentieller Investoren zu befördern. Dies sei insbesondere angesichts der von US-Außenminister Mike Pompeo in Aussicht gestellten Investition von 1 Mrd. US-Dollar in Projekte der Drei-Meere-Initiative wichtig, so Czaputowicz. Czaputowicz zeigt sich zufrieden über die Erklärung Ungarns, dass es dem Investitionsfonds der Drei-Meere-Initiative beitreten werde.
28.05.2020	Das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) gibt bekannt, dass es die Klage gegen den Beschluss der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) vom 10. Mai als unzulässig betrachtet. Die PKW hatte am 10. Mai, an dem ursprünglich der erste Wahlgang der Präsidentenwahlen angesetzt war, in ihrem Beschluss festgestellt, dass keine Möglichkeit bestanden habe, über die Präsidentschaftskandidaten abzustimmen. Das SN sagt, der Beschluss ermögliche die Beendigung des Wahlprozederes der Präsidentenwahl, die nicht stattgefunden hat. Geklagt hat Sławomir Grzywa, der nicht die erforderliche Stimmenanzahl gesammelt hatte, um sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen.
29.05.2020	In einer Videokonferenz äußern die Außenminister der EU-Mitgliedsländer ihre Beunruhigung über die Maßnahmen Chinas gegenüber Hongkong, die die Eigenständigkeit Hongkongs beschneiden. Außenminister Jacek Czaputowicz sagt in der Diskussion, dass die wachsende globale Bedeutung Chinas von der Europäischen Union mehr Einheit erfordere. Er spricht sich für eine weitere Aufhebung der Handelsbeschränkungen zwischen der EU und China, mit Blick auf Polen insbesondere beim Export von landwirtschaftlichen und Lebensmittelprodukten nach China, aus.
31.05.2020	Andrzej Dera, Staatssekretär in der Präsidialkanzlei, sagt in einem Radiointerview, dass die Präsidialkanzlei eine Novelle zum Gesetz über das Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) vorbereitet, damit auch in Zukunft Staatsanwälte des IPN kommunistische Straftaten in der Volksrepublik Polen verfolgen können. Die Novelle soll im Juni den Sejm passieren. Das Ziel sei die Beendigung des Gesetzgebungsprozesses vor dem 1. August 2020, da dann die Straftaten verjährt sind.
01.06.2020	Im Gesetzesblatt wird der Beschluss der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) vom 10. Mai veröffentlicht, in dem sie feststellt, dass am 10. Mai keine Möglichkeit bestanden habe, in einem ersten Wahlgang über die Präsidentschaftskandidaten abzustimmen. Sejmarschallin Elżbieta Witek hat nun 14 Tage Zeit, um die neuen Termine für die Präsidentschaftswahlen festzulegen. Die aktuelle Amtszeit von Präsident Andrzej Duda endet regulär am 6. August 2020.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

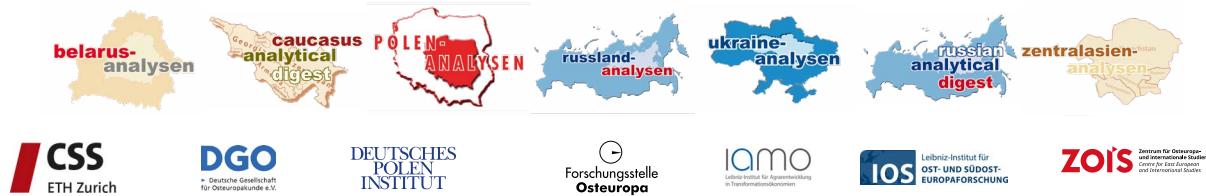
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.